

3. Tagung des 10. Nationalen Volkskongresses der VR China

Vom 5. bis 14. März 2004 tagte in Peking der 10. Nationale Volkskongress der Volksrepublik China (NVK) in 2. Sitzung. Am letzten Tag stimmten die Volksvertreter umfangreichen Verfassungsänderungen zu, von denen besonders beachtenswert der nunmehr verankerte Schutz von Privateigentum sowie das Bekenntnis zu Menschenrechten sind. Die Regierung nutzte die Gelegenheit, ihrem Bestreben nach sozialem Ausgleich Ausdruck zu verleihen.

Die 2. Sitzung des 10. NVK wurde am 5. März 2004 mit dem Tätigkeitsbericht der Regierung, vorgetragen von Ministerpräsident *Wen Jiabao*, eröffnet¹, der zunächst die Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr zusammenfasste, um dann einen Ausblick auf die Aufgaben und Herausforderungen des kommenden Jahres zu geben. Im Mittelpunkt wird - wie auch in den letzten Jahren - die wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation des Landes stehen. Der Ministerpräsident hob folgende Aspekte als besondere Schwerpunkte der Regierungsarbeit für 2004 hervor:

- Gewährleistung eines schnellen und stabilen Wirtschaftswachstums;

- Stärkung der Landwirtschaft als Grundlage der nationalen Ökonomie sowie Erhöhung der landwirtschaftlichen Einkommen und Produktion;
- Koordinierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen sowie besondere Förderung von Chinas Westen und Nordosten;
- Förderung von Wissenschaft und Bildung mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung;
- Beschleunigung der Entwicklung von Gesundheits-, Kultur- und Sportwesen;
- Fortsetzung der wirtschaftlichen Restrukturierung;
- Fortsetzung der Öffnungspolitik Chinas nach außen;
- Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialen Sicherungssystemen;
- Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat sowie Schutz nationaler Sicherheit und sozialer Stabilität.

In den darauf folgenden Sitzungstagen wurden weitere Rechenschafts- und Tätigkeitsberichte sowie die entsprechenden Pläne für 2004 vorgestellt² und diskutiert.

¹ Vgl., auch zum folgenden, die Regierungswebsite zur 2. Sitzung des 10. NVK: <http://www.10thnpc.org.cn/english/10th/87220.htm>.

² Bericht zur Durchführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 2003, Planentwurf für 2004, Bericht über die Durchführung der zentralen und lokalen Haushaltspläne 2003, Entwurf der zentralen und lokalen Haushaltspläne für 2004, Entwürfe der Resolutionen zu den Tätigkeitsberichten des Ständigen Ausschusses des Na-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
MARC SPITZKATZ

März 2004

www.kas.de

Im Mittelpunkt der diesjährigen Sitzung des NVK stand die Abstimmung über die angekündigte Verfassungsänderung. Mit der nunmehr 4. Änderung der Verfassung von 1982, die ihrerseits die vierte Verfassung ist, die sich das Land seit 1954 gegeben hat³, wurden erstmalig der Schutz des Privateigentums festgeschrieben und Anforderungen an eine Enteignung aufgestellt. Weiterhin verpflichtet die geänderte Verfassung den Staat, die Menschenrechte zu respektieren und zu schützen. Als dritte wichtige Änderung wurden die „Drei Vertretungen“ des früheren Staats- und Parteiführers *Jiang Zemin* als Fortführung der Vermächtnisse von *Mao Zedong* und *Deng Xiaoping* in die Präambel aufgenommen⁴.

Die Sitzung endete am 15. März mit einer erwartungsgemäß breiten Zustimmung⁵ der knapp 3000 Abgeordneten zu den oben genannten Berichten, zu einem Entwurf des Beschlusses des Ständigen Ausschusses über die Annahme der Rücktrittsgesuche von *Hua Fuzhou* und *Zhang Geng* aus dem Ständigen Ausschuss des NVK sowie zu den Verfassungsänderungen. Zum Abschluss gab *Wen Jiabao* eine umfangreiche Pressekonferenz, in der er auf die Taiwan-Frage, das Verhältnis zu Russland insbesondere im Hinblick auf Chinas Energiepolitik, die Situation der staatlichen Banken und das Problem der Korruption einging⁶.

tionalen Volkskongresses, des Obersten Volksgerichtshofes und der Obersten Volksstaatsanwaltschaft.

³ S. Verfassungen von 1954, 1975 und 1978.

⁴ Vgl. im einzelnen *Stefan Friedrich*, „China vor Verfassungsänderung – Privateigentum und Menschenrechte sollen Verfassungsrang erhalten“,

http://www.kas.de/proj/home/pub/37/1/year-2004/dokument_id-4180/index.html.

⁵ 2683 Ja-Stimmen, 10 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen, s. „Congress hails constitutional changes“, *China Daily* v. 15.3.2004, S. 1.

⁶ S. <http://www.10thnpc.org.cn/english/2004/Mar/90300.htm>.

1. Hintergrund

Der NVK gilt formal als höchstes Organ der Staatsmacht sowie als Gesetzgebungsorgan (vgl. Art. 57 ff. der chinesischen Verfassung)⁷. Seine Mitglieder werden für fünf Jahre indirekt, nämlich von den – ebenfalls indirekt gewählten – Vertretern der Provinzparlamente gewählt. Der NVK tritt nur einmal pro Jahr für etwa 14 Tage zusammen⁸. Mehr als zwei Drittel der Abgeordneten gehören der KPCh an. Ausweislich von Art. 62 der Verfassung hat der NVK umfangreiche Rechte, darunter das Recht zur Verfassungsänderung, zur Ernennung der höchsten Staatsämter (Präsident, Vizepräsident, Ministerpräsident und andere Mitglieder des Staatsrates, Vorsitzender der Militärkommission etc.), Prüfung und Bestätigung des Staatshaushalts sowie die Entscheidung über Krieg und Frieden. Schon aufgrund seiner Größe und der seltenen Zusammenkünfte kann der NVK diese Rechte aber nicht umfassend wahrnehmen, vielmehr übernimmt die Rolle eines Ersatzparlaments der Ständige Ausschuss des NVK (vgl. Art. 58 der Verfassung), dessen 155 Vollzeitmitglieder alle zwei Monate zu mehrtägigen Sitzungen zusammenkommen.

Der erste NVK trat 1954 zusammen, nachdem seit der Machtübernahme 1949 die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) die Aufgabe einer Volksvertretung wahrgenommen hatte. In der diesjährigen Sitzung wurde daher der 50. Jahrestag begangen. Während der Kulturrevolution von 1966 bis 1976 wurde der NVK nicht einberufen; erst nach 1979 fanden wieder regelmäßige Bildungen und Sitzungen der Volkskongresse auf den verschiedenen Landesebenen statt. Die PKKCV

⁷ Siehe hierzu und im folgenden *Sebastian Heilmann*, „Das Politische System der Volksrepublik China“, Wiesbaden 2002, S. 126 ff.

⁸ Die diesjährige Sitzungsdauer von 9 Tagen mit 4 Tagen weniger als üblich war die kürzeste in der Geschichte des NVK.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
MARC SPITZKATZ

März 2004

www.kas.de

existiert bis heute, übt aber eine rein beratende Funktion aus. Ihre Sitzungen finden regelmäßig zwei Tage vor dem Beginn der Sitzungen des NVK statt. Die Mitglieder der PKKCV werden von der KPCh, den acht in China existierenden „Demokratischen Parteien“, Massenorganisationen sowie verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen gestellt.

Auch wenn in den chinesischen Medien im Vorfeld und während der Sitzungen von NVK und PKKCV deren Bedeutung traditionell besonders hervorgehoben wird, ist es *de facto* so, dass hier nur zuvor in den Parteigremien⁹ und auf informellem Wege getroffene Entscheidungen der politischen Führung bestätigt werden¹⁰. Auch öffentliche Kritik der Abgeordneten an der Arbeit der Regierung ist nicht zu vernehmen. Allenfalls werden vorsichtige Vorschläge für die Zukunft gemacht, die aber wiederum in der Regel dem bereits erklärten Willen der Führung entsprechen¹¹.

Die Sitzungen des NVK in der Ära nach Mao verliefen daher bislang ohne Überraschungen und ohne negative Schlagzeilen. Auch die nunmehr zu Ende gegangene Sitzung macht hier keine Ausnahme.

2. Bewertung

Aus dem zuvor Gesagten folgt, dass die von dem NVK verabschiedeten Vorhaben solche sind, die die Parteiführung als wichtig ansieht bzw. als wichtig angesehen haben möchte. Hierzu gehört in erster Linie die weiterhin erfolgreiche Steuerung des

⁹ So fand im Oktober 2003 die 3. Plenarsitzung des 16. Zentralkomitees der KPCh statt. Vgl. ausführlich zur Entscheidungsfindung in der Volksrepublik China *Sebastian Heilmann aaO.*

¹⁰ Hierzu gibt es auch kritische Stimmen in der chinesischen Wissenschaft. Vgl. *Jiang Jinsong*, „The National People's Congress of China“, Peking 2002, S. 559 f..

¹¹ So hat die diesjährige PKKCV mehr soziale Gerechtigkeit und einen Ausbau des Bildungssystems angemahnt, was mit den Plänen der Regierung übereinstimmt.

Wirtschaftswachstums, wobei nach der Gründerstimmung und dem hemmungslosen Wachstum der ersten Jahre nunmehr das Bestreben in den Vordergrund rückt, die wirtschaftliche Entwicklung nachhaltig zu gestalten. Insbesondere werden die zunehmenden Ungleichgewichte in der Wirtschaftskraft der Regionen als Problem angesehen. Zusätzlich zu Förderprogrammen für Chinas Westprovinzen ist daher nun die Sanierung der Schwerindustrie im Nordosten (*Rust Belt*) auf die Agenda gekommen, einer Region, in der die soziale Lage breiter Bevölkerungsschichten bereits für zahlreiche Unruhen gesorgt hat. Die sich zuspitzenden sozialen Probleme des Landes zu lösen, welche letztendlich auch über ein Überleben der KPCh entscheiden dürften, ist das erklärte Ziel der vierten Führungsgeneration. *Wen Jiabao* machte bereits im vergangenen Jahr Schlagzeilen, als er nach einem Besuch in der Provinz – und dort an ihn herangetragen Beschwerden – veranlassen ließ, dass von Staatsbetrieben seit mehr als einem Jahr rückständige Löhne ausgezahlt wurden. Nunmehr soll für die Zukunft ein weiteres Entstehen von Rückständen untersagt werden. Im gleichen Zusammenhang steht die Absicht der Regierung, das Einkommen der ländlichen Bevölkerung zu erhöhen und gleichzeitig die bestehenden Steuern binnen 5 Jahren abzubauen. Neben der Arbeiterschaft sind es die Bauern, die am wenigsten vom Wirtschaftswachstum der letzten Jahre profitiert haben und unter denen sich Missfallen regt. Unzufriedenheit entsteht auch und besonders durch die zahlreichen Korruptionsfälle. Gerade auf dem stadtnahen Land wird vielen Bauern behördlicherseits kollektives Land entschädigungslos entzogen, welches dann für Industrie- und Bauvorhaben genutzt wird. Auch aus diesem Grund wird von der neuen Führung die Bindung aller Staatsgewalt an das Gesetz propagiert. Zwar ist es in den letzten Jahren immer wieder zu exemplarischen Bestrafungen korrupter Kader gekommen (z.B. wurde im

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA
MARC SPITZKATZ

März 2004

www.kas.de

Februar der frühere Vize-Provinzgouverneur von Anhui hingerichtet), ist bleibt jedoch äußerst fraglich, ob sich dadurch in absehbarer Zeit etwas an der grundsätzlichen Maxime ändert, dass die Partei selbst über den Gesetzen steht¹². Außenpolitisch dürfte sich China weiterhin als verlässlicher Partner erweisen wollen, allein schon um eine ungestörte wirtschaftliche Entwicklung nehmen zu können. Insofern in Richtung Taiwan immer wieder Drohgebärden gemacht werden, die an Intensität vor der Präsidentenwahl am letzten Wochenende noch zugenommen haben, dürften diese jedoch vor allem nach innen gerichtet sein und bedienen den nicht unerheblichen Nationalismus im Lande.

Die Verfassungsänderungen kennzeichnen, soweit sie den verbesserten Schutz von Privateigentum betreffen, die Verschiebung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gewichte im Lande und sind im übrigen deklaratorischer Natur. So handelt es sich bei der Aufnahme der „Drei Repräsentationen“ um eine Würdigung *Jiang Zemin*s, die rechtlich gesehen ohne praktische Bedeutung ist, auch wenn die Partei damit signalisiert, dass sie sich breiteren Bevölkerungsschichten öffnet. Das Bekenntnis zu den Menschenrechten mag den Beginn einer Entwicklung zu einer stärkeren Anerkennung darstellen¹³; sicher ist dies nicht. Jedenfalls verdeutlichen diese sowie die Änderungen der letzten Jahre, dass sich nicht nur die chinesische Gesellschaft rasant verändert, sondern auch die Partei, die nunmehr mit der neuen Führungsgeneration die alten Revolutionäre endgültig hinter sich gelassen hat. Da deren Legitimation schwindet, wird die Partei voraussichtlich immer mehr versuchen, ihre Macht über Institutionen abzusichern. Hier-

¹² S. auch Frage eines deutschen Journalisten anlässlich der Pressekonferenz am 14.3.2004 an *Wen*, <http://www.10thnpc.org.cn/german/106422.htm>.

¹³ S. *Stefan Friedrich aaO*.

zu ist es insbesondere erforderlich, die erlassenen Gesetze und Verordnungen auch auf allen Ebenen durchzusetzen. Daher ist der Aufruf zu größerer Beachtung der Gesetze (s.o.) auch und gerade an die Parteikollegen auf den unteren Ebenen gerichtet. Wie bereits erwähnt, dient der NVK in erster Linie einer Bestätigung anderweitig getroffener Entscheidungen, wobei eine kritische öffentliche Auseinandersetzung nicht erfolgt. Dennoch soll es hinter geschlossenen Türen durchaus zu offenen Aussprachen kommen. Insofern ist nicht zu unterschätzen, dass der NVK den Provinzabgeordneten wie der nationalen Führung Gelegenheit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch bietet und es der Regierung ermöglicht, für eine Implementierung ihrer Politik auf den unteren Ebenen zu werben.

Parallel zur Tagung des NVK kamen Gerüchte über den Rücktritt des *Chief Executive* Hongkongs, *Tung Chee-Hwa* auf, den dieser unter Berufung auf gesundheitliche Gründe schließlich am 10. März offiziell bekannt gab. Als Nachfolger wird sein bisheriger Stellvertreter, *Donald Tsang*, gehandelt. *Tung* wurde zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes ernannt, die gewöhnlich zeitgleich mit dem NVK tagt und diesen beratend der „Stimme des Volkes“ mehr Gewicht verleihen soll. Die Reaktionen auf den Abgang des ungeliebten *Tung* und die Aussichten, den wesentlich beliebteren *Tsang* an der Spitze der Verwaltung der Sonderverwaltungszone zu sehen, waren in Hongkong überwiegend positiv. Allerdings wird befürchtet, dass *Tsang*, der aus der britisch geprägten Zivilverwaltung der Stadt kommt, von Peking noch weniger Freiheiten eingeräumt werden, als dies bisher bei *Tung* der Fall war¹⁴. Gleichzeitig kam die Diskussion auf, ob der vorzeitige Führungswechsel die Be-

¹⁴ „If chosen, Donald Tsang would be on a short leash“, *South China Morning Post* v. 5. März 2005.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**LÄNDERPROGRAMM
VOLKSREPUBLIK CHINA**
MARC SPITZKATZ

März 2004

www.kas.de

setzung des Amtes bis zum Ende der laufenden Amtszeit 2007 oder aber für weitere 5 Jahre bedeutet. Die Demokratiebewegung in Hongkong hatte sich Hoffnungen gemacht, bei der nächsten Wahl des Regierungschefs der Bevölkerung Hongkongs ein größeres Mitspracherecht eingeräumt zu bekommen¹⁵.

¹⁵ Vgl. den Bericht des Länderbüros Peking zu den Wahlen in Hongkong v. 7. Mai 2004.